

Unabhängige kritisieren geplante Beschränkung des Rederechts im Bundestag

Mit Entsetzen haben die Unabhängigen die Bestrebungen des Bundestages zur Kenntnis genommen, das Rederecht einzelner Abgeordneter im Bundestag zu beschränken.

Bundestagsabgeordnete, die eine von ihrer Fraktion abweichende Meinung vertreten, sollen künftig lediglich drei Minuten Redezeit bekommen. Vorausgesetzt, sie haben sich mit den jeweiligen Fraktionen zuvor ins Benehmen gesetzt.

„Ein solcher Vorstoß widerspricht jeglichem demokratischen Verständnis und richtet sich unserer Auffassung nach gegen die im Grundgesetz verankerte freie Meinungsäußerung“, kritisiert Bürgermeisterin Bärbel Weist, die seit Jahrzehnten Rats- und Ortsratsmitglied ist. „Den Abgeordneten muss ausreichend ermöglicht werden, ihre Standpunkte zu begründen und ihre Argumente auszuführen. Alles andere gleicht faktisch einem Maulkorbbeschluss“, warnt Weist und fordert: "Wehret den Anfängen! Sollte es im Bundestag eine Mehrheit für eine solche Reglementierung geben, wird sich das auch auf die Parlamente der Länder, Kreise und Städte auswirken."